

Pressemitteilung:

Inklusion ist eine Werteentscheidung

„Es ist normal, verschieden zu sein“, betonte Bundespräsident Richard von Weizsäcker bereits im Jahre 1993. „Es gibt keine Norm für das Menschsein.“ Diese Aussage ist eine zutiefst humanistische, geht sie doch davon aus, dass die Differenz zwischen Kulturen, Geschlechtern und Begabungen eine völlig normale Tatsache ist. Der Gesellschaft allerdings muss es gelingen, diese Vielfalt zur Entfaltung zu bringen. Doch oftmals ist das Gegenteil der Fall. Das Wort Inklusion – und genau darum geht es, wenn wir von Akzeptanz der Vielfalt sprechen - löst gegewärtig an vielen Stellen der Gesellschaft eine kontroverse, ja zum Teil angstbesetzte Debatte aus. Dabei steht nicht die freie Entfaltung der Persönlichkeit der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund, nicht die Entwicklung ihrer unterschiedlichen Talente. Nein, die Sichtweise auf einen Großteil der Kinder ist immer noch defizitär.

Die Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE und Mitglieder der LAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik des Landesverbandes der Partei DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern sind deshalb bestürzt über die Äußerungen von Bildungsministerin Birgit Hesse (SPD), die sie kürzlich zur Inklusion getroffen hat. Wenn eine Bildungsministerin sich öffentlich dahingehend äußert, dass es ihrer Ansicht nach eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern gebe, die so verhaltensauffällig ist, dass man sie nicht integrieren könne, widerspricht das eindeutig der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die Deutschland 2009 ratifiziert hat. Sätze wie: „Für Kinder, die beißen, kratzen oder schlagen, müssen wir andere Lösungen finden“ sind aus unserer Sicht menschenverachtend und untragbar für eine Ministerin. Die Umsetzung des Menschenrechts auf Inklusion - in der Schule und darüber hinaus in der ganzen Gesellschaft - ist keine Frage von Bitten und Gnade, sondern eine Werteentscheidung. Deutschland hat sich völkerrechtlich dazu verpflichtet.

Doch statt das Menschenrecht auf gemeinsames Lernen aller Schülerinnen und Schüler konsequent umzusetzen, legen die Äußerungen von Bildungsministerin Birgit Hesse nahe, dass sie die Inklusion von besonders verhaltensauffälligen Schülern zurückdrängen und einige entsprechende Förderschulen erhalten will. Gegenüber der OSTSEE-ZEITUNG betonte sie: „Wir müssen aufpassen, die Schulen mit der Inklusion nicht zu überfordern“. Dabei ist hinlänglich bewiesen, dass ein inklusives Bildungssystem nach den Vorgaben der UN-BRK allen zugute kommt, sowohl Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf als auch Hochbegabten.

Politik muss dafür die Rahmenbedingen schaffen und sicherzustellen, dass auf allen Bildungsebenen angemessene Vorkehrungen bereitgestellt werden. Dazu gehören die nötigen finanziellen und personellen Ressourcen. Dazu gehören gut ausgebildete Pädagoginnen und Pädagogen, die die unterschiedlichen Förderbedarfe kennen, ohne den Kindern einen Stempel aufzusetzen. Pädagogen, die von Wertschätzung und Zutrauen in wechselseitiger Anerkennung der individuellen Kompetenzen ausgehen. Es geht darum, im gemeinsamen Unterricht möglichst alle Lernenden zu stärken. Vor allem aber geht es um eine neue Lernkultur, in der Freude am Lernen die beste Voraussetzung gegen Lernschwierigkeiten ist.

Wir fordern Sie, Frau Hesse auf, ihren Standpunkt zu überdenken und Inklusion in der Schule konsequent voranzutreiben. Unserer Auffassung nach kann es nicht sein, dass die vermehrte inklusive Beschulung von Schülerinnen und Schülern mit

sonderpädagogischem Förderbedarf nicht zu einer Verringerung der Förderschulbesuchsquote geführt hat. Die „Strategie der Landesregierung zur Umsetzung der Inklusion im Bildungssystem in Mecklenburg-Vorpommern bis zum Jahr 2020“ sehen wir in diesem Zusammenhang kritisch. Wir treten für ein Inklusionsverständnis ein, das die „Schule für Alle“ befürwortet, denn wir verbinden mit dem Begriff der Inklusion mehr als die gemeinsame Unterrichtung von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Wir fordern Sie ebenfalls auf, das Schulgesetz endlich so auszugestalten, dass es konsequent den Maßstäben der UN-BRK folgt. In der Koalitionsvereinbarung für die 6. Wahlperiode des Landtages Mecklenburg-Vorpommern haben sich die Regierung tragenden Parteien und Fraktionen im Bereich Bildung zur UN-BRK bekannt und vereinbart, dass perspektivisch so wenig Kinder wie möglich an Förderschulen unterrichtet werden sollen. Um das zu gewährleisten, verständigten sich der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur und die Landtagsfraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen auf ein gemeinsames Vorgehen bei der Entwicklung eines inklusiven Schulsystems. Sie unterzeichneten 2012 einen Schulfrieden für Inklusion, der 2016 im Landtag mit der Absicht beschlossen wurde, verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Schulen auch über die laufende Wahlperiode hinaus langfristig planen und konzeptionell arbeiten können.

Kontakt:

Margit Glasow

Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE

www.die-linke.de

mobil 015202772735